

Eingriff der öffentlichrechtlichen Versicherung in das Strafrechtsgebiet.

Von Kreisgerichtsrat Dr. B. Hilse in Berlin.

Während als Aufgabe der öffentlichrechtlichen Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung die dieser zu Grunde liegende Allerb. Botschaft vom 17. November 1881 bezeichnet, den wirtschaftlich schwächern Teil der Bevölkerung gegen diejenigen vermögensrechtlichen Nachteile zu schützen, welche dem auf Verwertung seiner Arbeitskraft Angewiesenen eine vorübergehende oder dauernde Störung der körperlichen oder geistigen Unversehrtheit beziehungsweise ein durch das Naturgesetz bedingter Verbrauch derselben auf dem Arbeitsmarkte zu bereiten vermögen, so hat die an sich noch kurze Geltungszeit dieser Neueinrichtung bereits genügt, um unvorhergesehene, aber unhaltbare Zustände hervorzurufen, welche auf der Wechselbeziehung zu andern Rechtsgebieten beruhen. Auch das Strafrecht ist davon nicht verschont geblieben. Denn teils bedingten die neuen sozialpolitischen Gesetze neue Strafvorschriften zur Durchführung der in ihnen gestellten Aufgaben, teils gaben die in Aussicht gestellten Vermögensvorteile Anlaß zu neuen Straftaten, endlich zeigte sich, daß der Einfluß der Versicherung auf den Strafvollzug eine schädliche Wirkung auszuüben vermag. Die Strafrechtswissenschaft und die Strafrechtspflege werden deshalb der Aufgabe sich nicht entziehen können, die bereits erkannten Schäden aufzudecken und die Wege zu bahnen, auf welchen, sei es durch Gesetzesänderung, sei es durch Gesetzesauslegung den gemeinschädlichen Folgen wirksam vorgebeugt werden könne. Sowohl das neue Krankenversicherungsgesetz vom 10. April 1892, als noch mehr die in der Reichstagsitzung am 11. Juni 1890 und am 9. Februar

1892 von dem Staatssekretär des Innern zugesagte Unfallversicherungs-Novelle geben Gelegenheit zur Abstellung der als zweckwidrig oder gar gemeinschädlich erkannten Bestimmungen, insoweit nicht im Wege der Rechtsprechung schon jetzt der ungünstige Einfluß dieser aufgehoben werden kann.

Was die neuerlassenen Strafbestimmungen anlangt, so beruhen diese zum überwiegend größern Teile auf Zweckmäßigkeitsgründen und kennzeichnen sie sich im wesentlichen als Ordnungsstrafen zur Erzwingung der neugeschaffenen Zahlungsverbindlichkeiten. Die rechtzeitige und wahrheitsgetreue An- und Abmeldung der versicherungspflichtigen Betriebe beziehungsweise der in diesen beschäftigten, der Versicherungspflicht unterliegenden Personen, die richtige Angabe des von letztern erzielten Arbeitsverdienstes, endlich die gewissenhafte Entrichtung der Versicherungsbeträge durch Zahlung der Beiträge, Umlagen, Prämien oder Verwertung der Beitragsmarken werden mit Strafen bedroht, deren Festsetzung meist den Vorständen der zuständigen Versicherungsanstalten anvertraut wurde, so daß nur vereinzelt die Strafgerichte mit Entscheidung derartiger Straffälle befaßt werden. Das Gleiche trifft für den Fall zu, wenn Arbeitgeber den von ihnen beschäftigten versicherungspflichtigen Arbeitern die Vorteile aus der Versicherung zu entziehen oder diese in Übernahme übertragener Ehrenämter zu hindern suchen. Deshalb kommen das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883, das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 mit Ausdehnungsgesetz vom 28. Mai 1885, Landwirtschafts-Unfallversicherungsgesetz vom 5. Mai 1886, Bau-Unfallversicherungsgesetz vom 11. Juli 1887 und See-Unfallversicherungsgesetz vom 13. Juli 1887, endlich das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889, insoweit sie nur neue Ordnungsstrafbestimmungen enthalten, hier nicht in Betracht. Bloß die Unterordnung der aus ihnen möglich werdenden strafbaren Handlungen unter die Begriffsmerkmale der im Strafgesetz vorgesehenen Straftaten, sowie der Einfluß dieser Versicherungsarten auf die Straffolgen kann Gegenstand dieser Erörterung sein.

Durch die bloße Thatsache der Aufnahme einer Beschäftigung in einem versicherungspflichtigen Betriebe wird die Versicherungspflicht des Arbeiters, folgeweise das ihr korrespondierende Recht auf Schadloshaltung gegen die Folgen der Krankheits- oder Unfallgefahr begründet, ohne daß es der Anmeldung desselben oder der

vorgängigen Erfüllung der Beitragspflicht bedarf. Sowohl die Krankenkasse, als auch die Unfall-Verufsgenossenschaft haben mithin die Entschädigung des Erkrankten oder Betriebsverletzten beziehungsweise seiner unterstützungsbedürftigen Familienangehörigen nach Maßgabe des R.V.G. vom 15. Juni 1883, §§ 6, 7, 21 ff. beziehungsweise U.V.G. vom 6. Juli 1884, §§ 5—7 in vollem Umfange zu bewirken, sobald die Thatsache einer Krankheit oder eines Betriebsunfalles vorliegt. Mithin erlangt der Arbeiter rechtsunbedenklich einen Vermögensvorteil, die eintretende Versicherungsanstalt aber einen Vermögensnachteil in Höhe der gewährten Entschädigung. Letzterer tritt allerdings nur unter der Voraussetzung ein, daß ihr die als Gegenleistung für das überkommene Risiko zustehende Versicherungsprämie vorenthalten wird, weil im Falle deren Zahlung sie wegen ihrer Aufwendungen verhältnismäßige Deckung erhielt. Allein erfahrungsgemäß wird seitens der für die Beiträge verpflichteten Betriebsunternehmer vielfach eine Entziehung der Beitragspflicht in der Weise versucht und meist auch erreicht, daß ein zahlungsfähiger Unternehmer einen zahlungsunfähigen Geschäftsführer annimmt und zwar zu dem Zwecke, daß wider besseres Wissen auf des letztern Namen der Betrieb angemeldet und der eigentliche Geschäftsinhaber nur als Auftraggeber der Arbeit bezeichnet wird. So läßt z. B. ein Bauunternehmer unter eigener Leitung durch von ihm angenommene und ausgelohnte Bauarbeiter für eigne Rechnung einen Bau ausführen, während der Krankenkasse und Berufsgenossenschaft gegenüber er zwar als Bauherr, dagegen als Bauunternehmer sein Polier bezeichnet wird. Dadurch erlangt er, daß die Beiträge nicht auf ihn selbst, vielmehr bloß auf den letztern umgelegt und von diesem eingezogen werden können, er also von deren Entrichtung befreit bleibt. Daß hierin die Vorspiegelung falscher, jedenfalls aber die Entstellung oder Unterdrückung wahrer Thatsachen gefunden werden muß, ist ebenso rechtsunbedenklich, wie die Absicht des Verschaffens eines Vermögensvorteils, welcher deshalb ein rechtswidriger ist, weil er gegen den unzweideutigen Willen des Gesetzgebers verstößt. Mithin kann das Vorliegen der Merkmale zur Feststellung des Thatbestandes des Betruges wider Str.G.B. § 263 sowohl gegen den wirklichen, als auch gegen den vorgeschobenen Betriebsunternehmer nicht angezweifelt werden. Weniger rechtsunbedenklich ist jedoch die Frage, ob gleichzeitig eine Strafe aus Str.G.B. §§ 267, 268, 271 mit §§ 48, 49 jeden der beiden

treffen kann. Nach U.B.G. vom 6. Juli 1884, § 35 ist der Betriebsunternehmer verpflichtet, seinen Betrieb zum Zwecke der Eintragung in das Genossenschaftskataster anzumelden. Nach § 71 hat das Genossenschaftsmitglied eine Arbeitsnachweisung einzureichen, auf Grund welcher gemäß § 72 die Heberolle, mithin der auf ihn entfallende Umlagebeitrag festgestellt wird. Mithin sind die hier gemachten Angaben von Erheblichkeit für die Zugehörigkeit zur Genossenschaft und für die Beitragspflicht. Auch kann der öffentliche Charakter des Katasters und der Heberolle wohl als unbestritten gelten. Daraufhin würde jedoch die Voraussetzung zur Begriffsbestimmung der Urkundenfälschung als vorliegend, der Thatbestand beider Strafhandlungen in derselben Thatthat, sicher aber die Strafe wegen der schwerer bedrohten als zutreffend erkannt werden können.

Nach J.B.G. vom 22. Juni 1889 §§ 156, 157 mit G. vom 8. Juni 1891 ist zum Empfang der Invaliden- oder Altersrente ohne Zurücklegen der Wartezeit gestattet, wer innerhalb der letzten 3 beziehungsweise 5 Jahre vor Inkrafttreten des Gesetzes in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat, beziehungsweise wird letztere Zeitdauer auf die Wartezeit des § 16 angerechnet. Diese Vergünstigung wird vielfach in der Weise mißbraucht, daß Personen, welche thatsächlich in keiner die Versicherungspflicht begründenden Beschäftigung gestanden und kein Arbeitsverdienst erzielt haben, wider besseres Wissen ein solches bescheinigt wird, um ihnen die Vorteile der Versicherung zuzuwenden, oder daß ihnen ein höheres Arbeitslohn, als das wirklich bezogene eingetragen wird, um ihnen einen höheren Rentensatz daraufhin zu verschaffen. Daß sowohl derjenige, welcher das Zeugnis ausstellt, als auch der, welcher davon zum Zwecke des Rentenbezuges Gebrauch macht, rechtswidrig handelt und straffällig wird, kann wohl von keiner Seite bezweifelt werden. Ebenso ist die Gewinnerzielung auf der einen, die mit solcher korrespondierende Vermögensbeschädigung auf der andern Seite feststellbar. Deshalb bleibt nur die Unterordnung unter einen Strafbegriff noch übrig. Die Merkmale des Thatbestandes eines Betruges wider Str.G.B. § 263 sind unverkennbar, insoweit wider besseres Wissen erweislich unwahre Thatfachen bescheinigt wurden. Dagegen ist die Bescheinigung eine Urkunde, welche zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen von Erheblichkeit ist. Sie muß als eine öffentliche gelten, weil nach

J.B.G. § 161 fie einer amtlichen Bescheinigung der Unterschrift bedarf. Deshalb würden die Begriffsmerkmale einer Strafhandlung wider Str.G.B. §§ 268, 272 auch hier zusammentreffen.

Während in diesen beiden Fällen es sich mehr darum handelt, die Beiträge der Betriebsunternehmer der Versicherungsanstalt zu hinterziehen, beziehungsweise jemandem zum Genuße einer Rente zu verhelfen, der an sich nicht berechtigt dazu ist, werden außergewöhnlich zahlreiche Fälle beobachtet, in welchen eine versicherungspflichtige Person Krankheitsercheinungen überhaupt, oder doch ihrer Höhe und ihrem Einflusse auf die Erwerbsfähigkeit nach erheuchelt, um höhere Rentensätze daraufhin zu erzielen, beziehungsweise deren Fortbezug sich zu sichern. Die Simulation ist der Krebschaden, welcher die Berufsgenossenschaften wirtschaftlich stark belastet. Ein ergiebiges Feld ihrer Wirksamkeit eröffnet den Betriebsverletzten der Widerspruch, in welchen das Reichs-Versicherungsamt sich in seinen Ref.-Entsch. vom 14. Mai 1888 und vom 11. Juni 1888 zu dem Reichsgerichte in seinen U. vom 22. Dezember 1890 und vom 30. Januar 1891 über die Verpflichtung zur Duldung einer Operation zwecks Wiederherstellung der beeinträchtigten Erwerbsfähigkeit verlegt hat. Denn indem ersteres die von dem letztern bejahte Pflicht zur Wiederaufnahme des Heilverfahrens verneint, beraubt es die eintretende Berufsgenossenschaft in hohem Grade der Möglichkeit, hinter die Wahrheit behaupteter Krankheitsercheinungen und die darauf begründbare Störung der Erwerbsfähigkeit zu kommen. Als Folge dessen ist die Entlarvung eines Simulanten und die daraufhin nach U.B.G. vom 6. Juli 1884 § 65 zugelassene Aufhebung des Rentenfestsetzungsbeschlusses nur in außergewöhnlich seltenen Fällen herbeiführbar. Nun soll aber die Unfallrente bloß den Ausgleich zwischen der gestörten zu der vollen Erwerbsmöglichkeit herstellen, also bloß gewährt werden, wo eine thatsächliche Erwerbs-einbuße vorliegt und insoweit solche besteht. Fehlt es an dieser Voraussetzung, so ist nicht rechtmäßig, vielmehr rechtswidrig der Vorteil, welchen der Rentenempfänger in Höhe des Rentenbetrages genießt. Erlangt er solchen aber nur auf Grund von Angaben, welche er wider besseres Wissen macht, oder durch Verschweigen eines für das Rentenbezugsrecht einflussvollen Umstandes, so werden gegen ihn alle Begriffsmerkmale des Betruges feststellbar sein.

Ob von Amtes wegen oder nur auf Antrag diese strafbaren Handlungen zu verfolgen, wird vielfach als Streitfrage aufgeworfen.

Ein Strafantrag ist nach Str.G.B. § 263,4 aber nur dann erforderlich, wenn der Betrug gegen Angehörige, Vormünder, Erzieher begangen, welche Voraussetzungen in keinem dieser Fälle zutreffen. Deshalb und mit Rücksicht auf die reichsgesetzlich durch G. vom 6. Juli 1884 § 101 den Berufsgenossenschaften gewährleistete Rechtshilfe der Reichs- und Staatsbehörden wird die Anklagebehörde nicht umhin können, jedem hierauf gerichteten Strafantrage mindestens durch Aufklärung des Sachverhaltes statt-, auch von der Einstellung des Verfahrens und den Gründen dieser dem Genossenschaftsvorstande Kenntnis zu geben. In noch weiterm Maße erwächst aber aus U.B.G. vom 6. Juli 1884 §§ 51 ff. mit § 96, im Zusammenhange mit Str.G.B. §§ 222 Abs. 2, 232 der Staatsanwaltschaft beziehungsweise dem ihr dienstbar unterstellten Polizeiorgane die Pflicht, in jedem Falle eines den Letztern zur Anzeige gebrachten Betriebsunfalles von Amts wegen festzustellen, ob solcher in ursächlichem Zusammenhange mit einer Verletzung der Berufspflicht des Arbeitgebers steht. Denn weil nur auf Grund einer vorgängigen Schuld festgestellt durch den Strafrichter sowohl der Betriebsverletzte, wie auch die Berufsgenossenschaft Ansprüche gegen den schuldhaften Urheber des Schadensfalles geltend machen können, ein Strafantrag aber sowohl bei fahrlässiger Tötung (§ 222), als auch bei Körperverletzung (§§ 230, 232) dann nicht erforderlich ist, wenn die Übertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht zusammentrifft, so wird ein amtliches Einschreiten und eine zuverlässige Aufklärung des Sachverhaltes den mit dessen Feststellung beauftragten Organen der Strafrechtspflege nicht erspart bleiben. Mag Strafantrag auf Grund U.B.G. § 101 gestellt sein oder nicht, immerhin muß das Ergebnis der Vorermittlungen dem Betriebsverletzten selbst und dem Genossenschaftsvorstande dann angezeigt werden, wenn ein Verstoß gegen die Berufspflicht nachweisbar ist. Nicht minder wird bei erhobener Anklage die Ladung dieser als Nebkläger erfolgen müssen, um die Rechte aus Str.G.B. § 231 auf Zuerkennen einer Buße an Stelle des Schadensanspruches verfolgen zu können. Denn wenngleich in dem Erf. des Ober-Verwaltungsgerichtes vom 1. Dezember 1890 (Pr. Verw.-Bl. XII 372) der Rechtsatz aufgestellt wurde, daß eine dem Betriebsverletzten selbst zuerkannte Buße die Geltendmachung des Entschädigungsanspruches der Berufsgenossenschaft nicht abschneide, sobald der Strafverurteilte von der Möglichkeit des Eintrittes dieser Kenntnis haben konnte, so ist

dennoch immerhin einmal dies nicht ganz unstreitig, sodann aber der durch den Genuß einer Unfallrente abgefundene Betriebsverlegte nicht befugt, eine doppelte Schadloshaltung durch Unfallrente und durch Buße zu erhalten. Immerhin wird bei Abmessen der Buße dieser Thatsache gebührende Rechnung zu tragen sein, woraus als unabwiesbare Pflicht folgt, Kenntniss von dem Verhandlungstermine und von der strafgerichtlichen Schuld festgestellt rechtzeitig zu geben, weil im Falle des Unterganges des Forderungsrechtes infolge Fristablaufes leicht Regressansprüche sich begründen lassen.

Mehr als in den vorangeführten Fällen der Unterordnung einer Strafhandlung unter den richtigen Strafbegriff, sowie des Beobachtens strafprozessualischer Rücksichten übt die öffentlichrechtliche Versicherung einen nachhaltigen Einfluß auf den Strafvollzug und auf die Straffolgen aus. Strafe ist das als Sühne der Schuld von dem Richter anerkannte Maß desjenigen Strafübels, welches das Gesetz auf die Strafthat androht. Solches darf weder seiner Art, noch seinem Umfange, noch seiner Wirkung nach willkürlich verändert werden, soll der Strafzweck thatsächlich erreicht und der in Aussicht genommene Straferfolg erzielt werden. Weder eine Strafschärfung noch eine Strafmilderung darf durch die Art des Strafvollzuges und die daraus ableitbare Straffolge sich ergeben. Noch weniger darf statt eines Strafübels ein Strafgewinn für den Verurteilten sich herausstellen. Nach dieser Richtung hin sind aber durch die Unfallversicherung zwei an sich zwar verschiedene, aber dennoch in gleichem Grade unhaltbare Gefahren für die Strafrechtspflege praktisch hervorgetreten. Dieselben äußern sich

1. infolge der Beschäftigungsart,
2. wegen des Rentenbezugsrechtes

der Strafgefangenen.

Während das Reichsgericht in den U. vom 23. Dezember 1879 (Entsch. Bd. I S. 66) und vom 9. Oktober 1890 (Pr. Verm.-Bl. J. XII S. 79) den Rechtsgrundsatz aufstellte, daß ein Haftpflicht-entschädigungsanspruch während der Dauer einer zu verbüßenden Freiheitsstrafe deshalb ruhen müsse, weil durch die selbstgeschaffene Unmöglichkeit der Verwertung seiner Arbeitskraft auch der zur Ausgleichung der Erwerbsseinbuße zu gewährende Anspruch in Wegfall kommen müsse, solange der selbstgeschaffene Zustand besteht, hat das Reichsversicherungsamt dem entgegen in der Ref.-Entsch. Nr. 582 vom 30. April 1888 die Ansicht vertreten, daß eine Unfallrente

auch während einer zu verbüßenden Freiheitsstrafe fortgezahlt werden müsse. Dadurch wird die Verpflichtung der Berufsgenossenschaften zur Rentenfortzahlung rechtlich unanzweifelbar, weil nach U.V.G. vom 6. Juli 1884 § 88 diese der Anordnung des erstern bedingungslos unterworfen sind. Abgesehen von der hier unerörtert zu lassenden Rechtsfrage, welches von beiden höchsten Urteilsgerichten das Richtige getroffen hat, so darf getrost ausgesprochen werden, daß die praktischen Erfolge, welche aus dem Rechtsgrundsatz des Reichsversicherungsamtes sich herausstellen, weder von dem Gesetzgeber beabsichtigt, noch von dem Spruchgerichte vorausgesehen wurden. Die Baugewerkszeitung, das amtliche Organ der 12 Hochbau-Berufsgenossenschaften, berichtet in Nr. 51 am 27. Juni v. J., daß für ein und denselben Betriebsverletzten, dem eine monatliche Unfallrente von 72 Mk. 25 Pf. zusteht, während einer kürzeren Strafhast 225 Mk. angesammelt wurden und während einer jetzt zu verbüßenden Zuchthausstrafe 1310 Mk. anzusammeln sein werden. Daß dies dem Gerechtigkeitsfinne der Laien unverständlich bleibt und diese einen Fehler der Gesetzgebung darin erblicken, wenn derartige Zustände Rechtsens sein sollten, darf nicht verwundern. Denn auch der mit der Gesetzgebung wohlvertraute Jurist kann hiermit sich nicht einverstanden erklären, muß vielmehr bedauern, daß eine derart widersinnige Erscheinung möglich ist. Allein bei näherem Eindringen in die einschlagenden Gesetzesstellen gelangt er zu dem Ergebnisse, nicht einen Fehler der Gesetzgebung, vielmehr ein fehlerhaftes Verhalten der diese vollstreckenden Behörden als Ursache bezeichnen zu müssen. Der Grundgedanke, welcher nach der Allerh. Botschaft vom 17. November 1881 die Unfallversicherung beherrschen soll, ist einzig und allein darin zu finden, dem Betriebsverletzten durch die Unfallrente die Mittel zum Bestreiten seines eignen Unterhaltes und desjenigen der auf seine Fürsorge angewiesenen Familienangehörigen zu verschaffen, damit aber gleichzeitig der armenrechtlichen Hilfsbedürftigkeit zu entziehen. Deshalb hat auch das Bundesamt für das Heimatwesen unter dem 4. Februar 1888 beziehungsweise 8. November 1890 dahin erkannt, daß während der Dauer einer öffentlichrechtlichen Versicherung die armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit ruht. Es geht unverkennbar aus U.V.G. vom 6. Juli 1884 § 5 hervor, daß in erster Linie dem Betriebsverletzten, in zweiter nach §§ 6 und 7 mit § 68 aber seinen durch ihn zu versorgenden Familiengliedern die Rente als Unterhaltsmittel dienen

soß. Daraus folgt, daß aus derselben zunächst die Haftkosten zu entnehmen sein werden, welche nach Str.P.D. § 497 mit G.R.G. § 79 ihn treffen und für deren Beitreibung die gemäß St.P.D. § 483 als Vollstreckungsbehörde berufene Staatsanwaltschaft auf Grund ebb. §§ 325, 326 zu sorgen hat. Soweit hierauf solche nicht verbraucht wird, muß der Unterhalt der zurückgelassenen Familie daraus bestritten, mithin der überschießende Betrag für diese selbst oder den nach G. vom 6. Juni 1870 eingetretenen Armenverband beziehungsweise Gemeindevorstand beschlagnahmt werden, welchem letztern das Recht hierzu aus U.B.G. vom 6. Juli 1884 § 8 zusteht. Nur auf diese Weise läßt sich die Anomalie beseitigen, daß, während die Strafe ein empfindbares Übel für den Frevler gegen das Recht sein soll, welches, entweder zu seiner Besserung oder zu seiner Abschreckung führend, ihn von neuen Frevelthaten zurückhalten wird, in Wirklichkeit sie die Ursache einer Vermögensbereicherung wird, welche letztere um so größer, als erstere langdauernd ist, mithin zur Wohlthat sich gestaltet. Ebenjowenig wie eine Strafschärfung über das zuerkannte Maß der Strafe zulässig, ebenjowenig ist ein Strafgewinn an Stelle des zugeachten Straf Übels zuzulassen. Aus diesem Erwägungsgrunde müssen die mit der Strafrechtspflege betrauten Behörden ihr Augenmerk der neuen, unvorhergesehenen Straffolge zuwenden, um nicht dem Strafzwecke zuwider statt Abschreckung vor dem Rückfalle, Anregung zur neuen Straftat tatsächlich zu erzielen. Daß der gesetzgeberische Wille nicht dahin ging, während einer Freiheitsstrafe die Vorteile aus der öffentlichrechtlichen Versicherung zu gewähren, vielmehr gegen einen durch Ansammeln der Rente bedingten Gewinn war, bestätigt J.B.G. vom 22. Juni 1889 § 34, wonach während der Dauer einer einen Monat übersteigenden Strafhaft die Invaliden- und Altersrente ruht.

Hat hier es sich um einen dem Strafzwecke widerstreitenden Gewinn als durch die Unfallversicherung hervorgerufene Folge gehandelt, so ist anderseits durch ebenbieselbe eine unzulässige Strafschärfung aus der Beschäftigungsart der Strafgefangenen ableitbar. Erfahrungsgemäß werden die Arbeitskräfte der Strafgefangenen vielfach, die der Züchtlinge überwiegend, der Industrie nutzbar gemacht, welche solche pachtet. Deren Beschäftigung erfolgt dann als Regel mit Arbeiten, welche wegen ihrer erhöhten Unfallgefahr an sich versicherungspflichtige sind. Als freie Arbeiter würden sie

gegen Krankheit und Unfall zu versichern sein, also ein Anrecht auf berufsgenossenschaftliche Fürsorge nach Verhältnis des Durchschnittsarbeitsverdienstes gleichartiger Arbeiter erlangen, sobald ein durch Betriebsunfall zugezogenes körperliches oder geistiges Gebrechen eine Störung ihrer Erwerbsfähigkeit zur Folge hat, also eine Erwerbs- einbuße bedingt. Als Strafgefangene sollen nach der Rechtsüberzeugung des Reichsversicherungsamtes in dem Beschl. Nr. 132 vom 27. Februar 1886 und der Ref.-Entsch. Nr. 526 vom 12. März 1888 sie aber dieses Anspruches verlustig gehen, weil sie nicht aus freier Entschließung, vielmehr unter dem Drucke der Anstaltsverwaltung thätig sind. Insofern über die Dauer der Strafhast hinaus die Folgen des Unfalles für den Gefangenen selbst und für dessen Familienglieder sich äußern können, wenn er nämlich gänzlich oder teilweise verstümmelt, dauernd völlig oder teilweise erwerbsunfähig wird, so wäre eine unzulässige Straffolge, weil eine wirkliche Schärfung des zuerkannten Strafübels in seiner Beschäftigung mit an sich versicherungspflichtigen Arbeiten für den Pächter seiner Arbeitskraft zu finden, solange er unter dem Drucke der Versicherungslosigkeit steht. Mithin haben um so mehr die Vollstrecker der Strafurteile gegen eine solche anzukämpfen, als der Pächter der Arbeitskraft den Gewinn der ersparten Unfallversicherungsumlagen hat, dagegen der Strafgefangene statt einer Unfallentschädigung eine in ihrem Betrage weit geringere und in ihren Folgen entmutigende Armenunterstützung erhält, für welche noch dazu das Gemeinwesen aufzukommen hat. Daß der Reichstag die Auffassung des Reichsversicherungsamtes mißbilligt, beweist sein Beschl. v. 17. Nov. 1891, welcher die Unfallversicherungspflicht der Strafgefangenen als Vorlage von dem Reichskanzler wünscht.

Mag die zur Zeit geltende Gesetzgebung die hier gerügten unhaltbaren Zustände zulassen oder nicht, immerhin hat auch gegenwärtig die Vollstreckerin der Strafurteile schon die Macht, durch richtige Gesetzesanwendung wirksam vorzubeugen, daß die Verbüßung der Freiheitsstrafe zum Strafgewinn oder zur Strafschärfung ausartet. Jede von dem Gesetzgeber nicht gewollte, von dem Straf- richter nicht zuerkannte Straffolge verstößt gegen das Gesetz und kennzeichnet sich als Willkür, gleichviel, ob sie dem Strafverurteilten günstiger seine Lage gestaltet oder ihm Schaden bringt, ob sie mithin zum Vorteile oder zum Nachteile gereicht. Es bedarf mithin nicht erst der allerdings in Aussicht stehenden Gesetzesänderung,

um die zur Zeit unvorteilhaften, den Strafzweck verletzenden Einwirkungen der Unfallversicherungsgesetze außer Kraft zu setzen. Eine richtige Handhabung dieser im Geiste der Unfallversicherung selbst und demjenigen des Strafrechtes wird sich in allen hier hervorgehobenen Rechtsfragen als wirkungsvoll und Erfolg versprechend erweisen. Inzwischen hat das R.=B.=G. v. 10. April 1892 im § 82b als neue Strafbestimmung diejenigen Arbeitgeber mit Gefängnisstrafe bedroht, neben welcher auf Geldstrafe bis 3000 Mk. und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, welche die dem von ihnen beschäftigten Arbeiter vom Lohne einbehaltenen Versicherungsbeträge, statt an die Krankenkasse abzuführen, in eigenem Nutzen verwenden, sowie die Rechtsprechung den Begriff „Beschäftigungsort“ im Sinne des R.=B.=G. vom 15. Juni 1883 § 19, des Ausd.=G. v. 28. Mai 1885 § 15, des L.=U.=B.=G. v. 5. Mai 1886 § 10, des B.=U.=B.=G. v. 11. Juli 1887 § 3, des F.=B.=G. v. 22. Juni 1889 § 41, des R.=B.=G. v. 10. April 1892 § 5a gleichbedeutend mit dem Dienstorte des U.=B.=G. vom 6. Juni 1870 § 29 dahin geklärt, daß der Sitz des Betriebes für alle darin Beschäftigten unbekümmert um deren zufällige Arbeitsstätte, solchen bildet.
